

Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

In dieser Woche hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein Jahresgutachten vorgelegt. Die Wirtschaftsweisen erwarten – im Einklang mit der Bundesregierung und den an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstituten – für das laufende Jahr eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozent bei einer Inflationsrate von 6,1 Prozent sowie für das kommende Jahr 2024 ein Wirtschaftswachstum von mageren 0,7 Prozent bei einer moderaten Inflationsrate von nur noch 2,6 Prozent. Insbesondere die Wachstumsprognose für 2024 weicht deutlich von der Projektion der Bundesregierung ab, fällt noch pessimistischer aus als die Projektion des IWF und bewegt sich in der Nähe der Erwartungen mancher Bankvolkswirte.

Die Inflationsrate erscheint hingegen optimistisch. Für den Euro-Raum erwartet die Europäische Zentralbank eine Inflationsrate von 3,2 Prozent und liegt um 0,3 Prozentpunkte über derjenigen des Sachverständigenrates von 2,9 Prozent für den Euro-Raum. Angesichts der zu erwartenden Lohnsteigerungen, der aktuellen Sorgen um steigende Ölpreise im Zuge des Nahostkonflikts und weiterer Sondereffekte, etwa durch das Auslaufen reduzierter Sätze bei der Mehrwertsteuer, spricht manches für eine weiterhin zu hohe Inflation.

Anders gewendet: Deutschland befindet sich weiterhin in der Stagflation. Es ist nicht erkennbar, wo die wirtschaftliche Dynamik der deutschen Wirtschaft herkommen soll. Die Wirtschaftsweisen diagnostizieren jedenfalls eine schwache Investitionstätigkeit und ein schwaches Auslandsgeschäft. Die noch immer relativ hohe Inflation erfordert einen langen Atem und zumindest ein Verharren der Leitzinsen der EZB auf dem derzeitigen Niveau. Phantasien sinkender Leitzinsen schon im kommenden Jahr dürften sich als Illusion erweisen.

Vor diesem Hintergrund und gestützt durch eine Vielzahl weiterer Analysen des Sachverständigenrates liegt es auf der Hand, wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgerichtet sein sollte: Angebotspolitik bleibt das Gebot der Stunde. Der Sachverständigenrat legt den Schwerpunkt seines Jahresgutachtens dahingehend auf drei Themenbereiche, die in diesem Kontext relevant sind: Stärkung von Innovation, Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und Verbesserung der Erwerbsanreize von Geringverdienem,

Zweitverdienem und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, letzteres eingebettet in eine allgemeine Diskussion einer Reform der Alterssicherung.

Viel Richtiges findet sich darin. Gleichwohl bleiben die Wirtschaftsweisen zu zahm im Hinblick auf die Politik der Bundesregierung. Um Konsens in ihrem Gutachten bemüht, ringen sie sich kaum zu kritischen Äußerungen durch. Nur die Ausführungen zur Alterssicherung lösen Minderheitsvoten aus, weil einem Ratsmitglied vor allem die Vorschläge für ein höheres gesetzliches Renteneintrittsalter zu weit gehen und ein anderes Ratsmitglied die Vorschläge zur Einführung von Umverteilung zwischen Rentnern mit relativ hohen und relativ niedrigen Einkommen im Rahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund des Verstoßes gegen das Äquivalenzprinzip nicht sinnvoll findet.

Die Widersprüchlichkeit der aktuellen Wirtschaftspolitik wird nicht thematisiert: Energie durch das Abschalten der Atomkraftwerke und zukünftig der Kohleverstromung verteuern und die höheren Kosten mit einem Industriestrompreis dann heruntersubventionieren wollen; Bürokratiekosten verringern wollen, die Regulierungsintensität aber mit dem Gebäudeenergiegesetz oder dem Energieeffizienzgesetz massiv erhöhen; die Steuerbelastung in Deutschland als im internationalen Vergleich zu hoch bewerten, sich aber nicht zu nennenswerten Entlastungen jenseits des Wachstumschancengesetzes durchringen können; Erwerbsanreize stärken wollen, aber mit dem Bürgergeld und der Kindergrundsicherung diese schwächen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Nicht alle Teile der Bundesregierung verheddem sich in dieser Widersprüchlichkeit. Es sind aber leider wesentliche Teile der Bundesregierung. Die Alternative heißt: Reduktion der Steuerbelastung für Unternehmen, Deregulierung zur Reduktion der Bürokratiekosten, Verbesserung des Energieangebots, Erhöhung der Erwerbstätigkeit durch Reformen im Sozialsystem einschließlich der Gesetzlichen Rentenversicherung. Genügend Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld